

Ein Vierteljahrhundert wird besichtigt. Eine Geschichte der Gegenwart oder: Das Ende der Ordnung von 1990

Historische Gesellschaft der Deutschen Bank

14. November 2016

Andreas Rödder

„Heute wird eine neue Welt geboren, eine ganz andere Welt als die, die wir kannten: eine Welt, in der die Herrschaft des Rechts das Recht des Stärkeren ersetzt, eine Welt, in der die Nationen die Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit teilen. Eine Welt, in der die Starken das Recht der Schwachen respektieren.“ Diese Worte stammen nicht aus einer Weihnachtspredigt von Margot Käßmann, sondern aus der Rede George Bushs vor dem amerikanischen Kongress am 11. September 1990.

Der vermeintlich visionslose amerikanische Präsident war mit seiner Vision nicht allein. Nicht mehr und nicht weniger als ein „neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Freiheit“ erwartete die „Charta von Paris für ein neues Europa“, die 32 europäische Staaten, die USA und Kanada am 21. November 1990 unterzeichneten. Allenthalben setzten sich Demokratie und Menschenrechte durch, nicht nur in Europa, wo die kommunistischen Diktaturen und der Ost-West-Konflikt fast gewaltlos durch Bürgerrevolutionen endeten, sondern auch in Südafrika, in Namibia oder in Benin. Das „Ende der Geschichte“ schien zum Greifen nahe, der globale Westen auf dem unaufhaltsamen Siegeszug, die optimistisch-liberale Sicht der internationalen Politik glänzend bestätigt.

Ein gutes halbes Jahrzehnt dauerte der *honeymoon*: von Gorbatschows neuem Denken in den späten achtziger Jahren bis zu den humanitären Katastrophen in Somalia 1993, in Ruanda 1994 und in Srebrenica 1995. Heute, nach einer historisch beispiellosen Serie von internationalen Krisen und Konflikten, scheint alles für die grimmig-realistische Sicht der Weltpolitik zu sprechen, wie sie Carlo Masala jüngst formuliert hat: die „Versuche, die Demokratie global auszuweiten oder die internationale Politik immer stärker den Regeln des Rechts zu unterwerfen“, stießen und stoßen auf den Widerstand vieler Staaten im internationalen System. „Der Versuch, die Welt zu verwestlichen, ist

[...] gescheitert.“ Mit anderen Worten: „Nicht durch Reden oder Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden [...], sondern durch Eisen und Blut.“

Wir stehen vor den Trümmern unserer Erwartungen.

I.

Erleben wir aktuell, und es spricht manches dafür, den Zerfall der Ordnung von 1990, der dritten europäischen Nachkriegsordnung des 20. Jahrhunderts?

Die Ordnung von 1990 wurde nicht, wie 1648, 1815 oder 1919, durch einen internationalen Kongress oder einen multilateralen Vertrag errichtet. Eine solche Lösung hatte schon nach 1945 nicht mehr funktioniert, und ein Friedenskongress mit allen ehemaligen deutschen Kriegsgegnern schien 1990 aus vielerlei Gründen wenig zielführend. Also wurde für Deutschland das Zwei-plus-Vier-Format aufgesetzt. Für die anderen Staaten und die Ordnung Europas gab es keine internationale Übereinkunft. Vielmehr wurde die neue Ordnung auf die beiden wichtigsten Institutionen des Westens aus der Zeit des Kalten Krieges gegründet: die Europäische Gemeinschaft, die zur Europäischen Union wurde, und die NATO, die ihre Strategie änderte und ebenso wie die EU binnen einiger Jahre auf Ostmittel- und Südosteuropa ausgedehnt wurde.

Russland hat wiederholt beklagt, der Westen habe damit sein Versprechen von 1990 gebrochen. Nun war es tatsächlich so, dass James Baker und Hans-Dietrich Genscher im Februar 1990 in Moskau recht weit gehende Aussagen gemacht haben, die NATO nicht nach Osten auszudehnen. Bindende Zusagen aber waren das nicht, und weder im Februar 1990 noch im weiteren Verlauf des Einigungsprozesses ist die sowjetische Seite je darauf zurückgekommen.

Aber selbst wenn: was hätte das bedeutet? Eine solche Zusage wäre ein Akt der Rücksicht des Westens gegenüber der Sowjetunion bzw. gegenüber Russland und seinen machtpolitischen Interessen gewesen. Zugleich hätte eine solche Zusage bedeutet, dass Deutsche und Russen über das Selbstbestimmungsrecht der ehemals kommunistischen Satellitenstaaten bestimmt hätten – wie sich dies aus polnischer Sicht dargestellt hätte, gerade in historischer Perspektive, liegt auf der Hand.

Der Westen stand 1990 vor einem Dilemma: einerseits sollte er dem Sicherheitsbedürfnis der postkommunistischen Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa entsprechen, und andererseits ging es darum, Russland nicht zu isolieren. Heute lässt sich sagen: Ersteres ist gelungen, das Zweite nicht. Zugleich gilt aber auch: Es war eine

jener Situationen, in denen es kein eindeutiges falsch und richtig und in denen es keine saubere Lösung gibt, die alle Erwartungen erfüllen.

Die Ordnung von 1990 ruhte auf zwei Pfeilern: der Kontinuität von NATO und EU sowie einer historisch einzigartigen weltpolitischen Hegemonie der USA. George Bush sr. und zunächst auch Bill Clinton betrieben eine Außenpolitik der Selbstbeschränkung und der multilateralen Einbettung, militärische Interventionen wie der Irakkrieg von 1991 fanden im Rahmen eines Mandats der Vereinten Nationen statt. Bereits in der Spätphase der Präsidentschaft Clintons legte Washington jedoch zunehmend unilateralistische Züge an den Tag. Zugleich wurde bereits unter Clinton das Konzept der „Schurkenstaaten“ ausgearbeitet.

Die USA waren ein „seltsamer Hegemon“ (Michael Cox). Vor dem Hintergrund der amerikanischen Machtfülle trafen sich liberale Interventionisten und Neokonservative in einem „liberalen Imperialismus“ (John Mearsheimer). Um die Jahrtausendwende stand die amerikanische Macht in ihrem Zenit, und zugleich waren die USA, wie es Michael Cox formuliert hat, eine „Supermacht ohne Mission“.

Diese Mission fand die Regierung George W. Bush mit dem *war on terror* – und verspielte durch den Krieg im Irak die Glaubwürdigkeit des wohlmeinenden Hegemons. Als Barack Obama nach der russischen Annexion der Krim sagte, man marschiere nicht einfach in ein anderes Land ein, konnte selbst Barack Obama dafür keine Glaubwürdigkeit erwarten.

II.

Der hegemoniale Unilateralismus des *war on terror* verspielte auch die Glaubwürdigkeit einer Ordnungsvorstellung, auf die sich 1990 große Hoffnungen richteten: die Achtung der Rechte des Schwachen und die globale Gewährleistung zumindest eines Mindestmaßes an Menschenrechten. Seit 2005 kennen wir diese Vorstellung unter dem Begriff der *responsibility to protect*, der internationalen Schutzverantwortung: Wenn ein Staat seiner Verantwortung nicht nachkomme, seine Bevölkerung zu schützen, so das Credo eines humanitären Völkerrechts, begründe der Schutz der Menschen vor schweren Menschenrechtsverletzungen das Recht zum bewaffneten Eingreifen von außen, auch gegen die Souveränität dieses Staates.

So weit die Theorie. Die Praxis hingegen sah schon in den neunziger Jahren anders aus. 1993 endete die humanitäre Intervention der USA in Somalia in einem Desaster, als der

Leichnam eines amerikanischen Soldaten unter dem Jubel der Anhänger des Warlords Mohamed Aidid durch die Straßen von Mogadischu geschleift wurde. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung hielt sich die Staatengemeinschaft ein Jahr später zurück, als es darum gegangen wäre, den Völkermord der Hutus an 800.000 Tutsi in Ruanda zu verhindern. Und ein weiteres Jahr später wagten die niederländischen Blauhelmsoldaten in Srebrenica nicht, ihr UN-Mandat zu überschreiten, und ließen die Ermordung von 7.000 bosnischen Männern geschehen. Damit sich dies nicht wiederholte, intervenierten die westlichen Staaten 2011 in Libyen, um einen Massenmord Muammar al-Gaddafis an der aufständischen eigenen Bevölkerung zu verhindern. Am Ende war Libyen zu einem *failed state* geworden. Und was den Nahen Osten betrifft, so gilt hier tatsächlich das Wort: Nichts ist gut in Syrien.

Aber nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Theorie führte die humanitäre Frage in ein Dilemma. Was sind die Kriterien für schwere Menschenrechtsverletzungen, und wer entscheidet, ob sie wirklich drohen? Wenn ein Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als völkerrechtliche Voraussetzung für eine Intervention gilt: ist Völkermord ein politischer Verhandlungsgegenstand? Und schließlich: da man nicht überall gegen Menschenrechtsverletzungen intervenieren kann – wo soll man es tun? Im Kosovo oder in Mali, in Libyen, in Saudi-Arabien, in der Türkei? Wie verhalten sich humanitäre Verpflichtung und politische oder ökonomische Interessen zueinander? Und wo beginnt die Doppelmoral? Die postkoloniale Kritik versteht die humanitären Interventionen ohnehin als neu aufgelegte imperialistische Strategie des Westens, diesmal mit den universalen Menschenrechten als der „Bürde des weißen Mannes“ im Gepäck.

III.

Hinter dieser Kritik am Westen steht der „Aufstieg der Anderen“ (Fareed Zakaria). Aber was heißt überhaupt „Aufstieg“ und was bedeutet „Macht“ im frühen 21. Jahrhundert? Nach 1990 dominierten weitgehende Vorstellungen einer Verwandlung von alter zu neuer, von archaischer zu digitaler Macht: „Macht kommt nicht mehr aus den Kanonenrohren, sondern aus dem Computer“ (Karl-Otto Czempiel). Wie das 21. Jahrhundert zeigt, kommt Macht zwar in der Tat aus dem Computer, nach wie vor aber auch aus Kanonenrohren, selbst wenn es computergesteuerte Drohnen sind. Das heißt: nicht eine Form der Macht hat die andere abgelöst. Vielmehr stehen unterschiedliche Ressourcen von Macht nebeneinander und überlagern sich: Technologie und

Information, Ökonomie und Handel, politische Herrschaft und militärische Kapazitäten, Kultur und Ideen.

Was militärische Macht betrifft, so sind die USA auch im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts führend. Ökonomische Macht verteilt sich multipolar, und *soft power* unterliegt einer hochgradigen Diffusion. Macht ist somit auf verschiedenen Ebenen sehr unterschiedlich verteilt – und ist kein Nullsummenspiel. Der Aufstieg der einen bedeutet nicht automatisch den Abstieg der anderen.

Das zeigt sich an dem Maß, in dem Deutschland vom Aufstieg Chinas profitiert – dem historisch einzigartigen Projekt eines kommunistisch geführten Kapitalismus, der China innerhalb von 30 Jahren in eine ökonomische Supermacht verwandelt hat. Wie lässt sich dieser atemberaubende Transformationsprozess erklären? Die taiwanesisch-angloamerikanische Ökonomin Linda Yueh macht vor allem drei Faktoren geltend: erstens die exportorientierte Wachstumsstrategie eines Entwicklungslandes, die zweitens von spezifischen mikroökonomischen Faktoren wie Faktorproduktivität, Arbeitsmarktreformen und Innovationen vorangetrieben wurde und die drittens auf sozialen Netzwerken beruhte, nicht zuletzt einer besonderen Art gegenseitiger persönlicher Beziehungen.

Zugleich sieht Yueh die Gefahr der *middle income country trap*, der Falle für Länder mittlerer Einkommen, in denen das Wachstum ab einem bestimmten mittleren Niveau deutlich nachlässt. Die jüngeren Wirtschaftsdaten könnten darauf hindeuten. Jedenfalls ist es keineswegs ausgemacht, dass China die dominierende Wirtschafts- und Weltmacht des 21. Jahrhunderts wird. Es kann sein, dass es so sein wird. Aber wer dies als gesicherte Voraussage verkauft, erliegt einmal mehr dem ebenso beliebten wie fatalen Denkfehler (*par excellence*: bei der Entstehung von Blasen), Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit in die Zukunft zu projizieren – obwohl die historische Besonderheit der Moderne bekanntermaßen gerade darin liegt, wie es Reinhart Koselleck formuliert hat, dass Erfahrungsraum und Erwartungshorizont auseinandertreten. Aber das hat die moderne Menschheit auch nach über 200 Jahren offenkundig noch nicht wirklich verinnerlicht. Dabei sagte schon Aristoteles: Es ist wahrscheinlich, dass das Unwahrscheinliche geschieht. Anders gesagt: die Zukunft wird aller historischen Erfahrung nach doppelt anders – anders als die Gegenwart und ganz anders, als wir sie erwarten.

Das galt nicht zuletzt für Südostasien, für das nach 1990 die Fortsetzung von Instabilität und Gewalt erwartet wurden und das sich dann zu einem *powerhouse* der globalen Wirtschaft entwickelte, das einen großen Beitrag zum weltweiten Rückgang von Armut leistete. Nicht nur in China, sondern in ganz Ostasien hat sich angesichts der Entwicklung um die Jahrtausendwende ein neues Selbstvertrauen breit gemacht. Der singapurische Politikwissenschaftler und Diplomat Kishore Mahbubani benennt eine

Reihe von kulturellen Eigenschaften, die den Aufstieg der asiatischen Gesellschaften begünstigen: die Akzeptanz der freien Marktwirtschaft und eine neu entdeckte Affinität der asiatischen Gesellschaften zur Technologie; heimkehrende Studenten aus den USA bringen eine Kultur der Leistungsorientierung, der Aufstiegschancen und des Bildungshungers mit, die bis in die Slums von Mumbai hinein ausstrahlt. Hinzu kommt ein Pragmatismus, den Deng Xiaoping so formulierte: „Es spielt keine Rolle, ob eine Katze schwarz oder weiß ist; wenn sie Mäuse fängt, ist sie eine gute Katze.“ Ein weiteres Element sieht Deepak Lal in den familiäreren Sozialbeziehungen, die den ausgebauten westlichen Wohlfahrtsstaat erübrigen.

Möglicherweise ist es, so Lal, gerade die Mischung von westlichen Institutionen mit asiatischen Traditionen und Werten, die den ökonomischen Erfolg der asiatischen Länder begründete. Das läuft auf das Konzept der „multiplen Modernen“ hinaus und drängt die Vorstellung einer Überlegenheit des westlichen Modells und einer westlich geprägten Weltgemeinschaft zurück – nicht zuletzt nach der Weltfinanzkrise von 2008, als der chinesische Premierminister dem Westen auf dem World Economic Forum in Davos die Leviten las. Und dass China und seine Investitionen derzeit in verschiedenen Regionen der Welt, vor allem in Afrika großen Anklang finden, zeigt, dass viele Länder nicht auf das westliche Entwicklungsmodell festgelegt sein wollen.

IV.

Das gilt nicht zuletzt, allerdings unter ungleich ungünstigeren Vorzeichen, für den Nahen Osten, der im Gegensatz zu Südostasien nach 1990 zur Verliererregion wurde. Seit hundert Jahren überlagern sich dort verschiedene Konfliktebenen: religiöse, regionale und internationale, machtpolitische und territoriale, ökonomische und ideologische. 1990 fiel die ideologische Ebene des Ost-West-Konflikts weg. Im Handumdrehen begann Saddam Hussein daraufhin einen territorialen Machtkonflikt, indem er Kuwait annektierte – und damit die militärische Reaktion der USA, des Westens insgesamt und der regionalen Mächte provozierte, um einen Präzedenzfall des internationalen Faustrechts nach 1990 zu verhindern.

Zur selben Zeit war eine Refundamentalisierung des Islam im Gange, die mit der Iranischen Revolution von 1979 weltpolitisch sichtbar geworden war. Was in westlicher Diktion als „Islamismus“ bezeichnet wird – eine fundamentalistische Ideologie mit dem Ziel, den vermeintlichen Urzustand einer islamischen Ordnung von Gesellschaft und Staat wiederherzustellen –, war und ist keine einheitliche Strömung. Die in Ägypten gegründeten Muslimbrüder waren originär spätkolonial-antiwestlich orientiert.

Salafismus und Wahhabismus hingegen richteten sich zuerst gegen Abweichler innerhalb des Islam selbst und waren aktiv antiwestlich erst in der Ableitung bzw. der Abspaltung des dschihadistischen Salafismus – der wiederum mit dem weltweiten Terrorismus und dem „Islamischen Staat“ neue internationale Konfliktfelder eröffnet hat.

Es ist die Überlagerung von religiösen, ökonomischen und geostrategischen Konflikten und Interessen, die den Nahen Osten zu einer der gewaltsamsten Konfliktregionen der Welt macht. Vor diesem Grund war es fahrlässig naiv, ja gefährlich hybride, wie die Arabellion in den westlichen Öffentlichkeiten als fröhliche Twitter-Revolution verstanden worden ist, mit der sich die westliche Demokratie jetzt auch im Nahen Osten durchsetze. Die Folgen dieser Illusion lassen sich heute in einer der weltweit gefährlichsten, destabilisierten Krisenregion besichtigen, in der zuletzt ein weiterer Faktor hinzukam, der 1989/90 erledigt schien: Russland.

V.

„Ich hoffe“, so sagte Michail Gorbatschow am 31. Mai 1990 zu George Bush, „dass von den hier Anwesenden niemand an den Unsinn glaubt, dass eine der Seiten den Sieg im ‚Kalten Krieg‘ davongetragen habe.“ Gorbatschows Aussage war in doppelter Hinsicht aufschlussreich. Erstens war sie vollkommen falsch. Und zweitens sagte sie mehr über die russische Befindlichkeit aus, als dem Westen 1989/90 bewusst war.

1989/90 bedeutete die historische Niederlage der Sowjetunion – gemessen am weltrevolutionären Anspruch der Oktoberrevolution von 1917 ebenso wie am weltpolitischen Anspruch einer Supermacht. Sie wurde durch entgegenkommende Maßnahmen des Westens und durch den Wandel der NATO-Strategie gemildert. Aber sie blieb eine Niederlage. Im historischen Vergleich war es keine demütigende Niederlage, so wie sie Russland 1918 gegenüber dem Deutschen Kaiserreich in Brest-Litowsk erlebt hatte. Aber es war eben auch kein gleichberechtigter Friedensschluss wie der mit Frankreich von 1815. Am ehesten entsprach 1989/90 der Niederlage Österreichs gegen Preußen im Deutschen Krieg von 1866: Nach der Schlacht von Königgrätz wurde die Habsburgermonarchie im Frieden von Prag geschont, war aber seitdem auf den Rang eines Juniorpartners zurückgestuft. Wien akzeptierte dies, und auch die Ordnung von 1990 funktionierte so lange, wie sich Russland mit der Rolle des Juniorpartners zufriedengab.

Das änderte sich mit Wladimir Putin. 2005 beklagte er den Untergang des sowjetischen Imperiums als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“, und

offenkundig zielt seine Politik auf Satisfaktion für diese historische Kränkung Russlands, auf die Wiederherstellung russischer Größe, auf eine neue Weltordnung ohne Dominanz der USA und damit auf die Revision der Ordnung von 1990. Den Schritt zur Tat vollzog Putin 2008 mit militärischen Maßnahmen gegen Georgien. Der Einsatz militärischer Mittel ebenso wie der Einsatz der Geschichte als territorialpolitisches Argument (den wir 1990 überwunden geglaubt hatten) wurde zum Kennzeichen der Politik des neuen Russlands, am deutlichsten mit der faktischen Annexion der Krim 2014.

Für den Westen stellte sich die Frage: wie reagieren? 1931 war Japan in der Mandschurei einmarschiert. Die internationale Gemeinschaft reagierte kaum und eröffnete damit ein Jahrzehnt von „Krieg im Frieden und Frieden im Krieg“ (Klaus Hildebrand). Die historischen Analogien sind frappierend. Leider betätigt sich die Geschichte allerdings nicht als verlässliche Lehrmeisterin, sondern gebärdet sich als kapriziöses Orakel. Denn da sind einerseits die Lehren der Julikrise von 1914: man sollte sich bemühen, die Position der anderen Seite nachzuvollziehen, und einen regionalen Konflikt keinesfalls vorschnell eskalieren lassen – das ist die historische Rechtfertigung der Putin-Versteher. Zugleich gibt es aber auch die Lehren von 1938/39: dass man einem expansiven Herrscher möglichst frühzeitig und mit aller Konsequenz entgegentreten müsse.

Das Ergebnis: gehobene Ratlosigkeit und ein veritables Problem. Ist die Politik der abgestuften Sanktionen und der Kombination von *deterrence* und *dialogue* ein tragfähiger Mittelweg? Und wohin wird die russische Politik in Zukunft führen, denken wir nur an das russische Verhältnis zu den baltischen Staaten, das russische Engagement in Syrien, die Beziehungen zu Griechenland und Zypern in der Euro-Krise oder an den Einsatz von medialer *soft power* im Westen, die dort auf ein hohes Maß an Aufnahmebereitschaft stoßen, gepaart mit wachsendem (oder andauerndem) Antiamerikanismus. Jedenfalls verbindet die russische Politik die drei großen Krisen der vergangenen Jahre miteinander, und gerade diese Verbindung macht die Lage so gefährlich: die Implosion des Nahen Ostens, die Ukraine-Krise und die Euro-Schuldenkrise.

VI.

Der Euro sollte *das* europäische Friedensprojekt werden – und hat die Europäische Union tief gespalten. Die Flüchtlingskrise hat 2015/16 gezeigt, dass Solidarität kein belastbarer Wert innerhalb der EU ist. Und die Entscheidung im Vereinigten Königreich

für den Brexit mag zum ersten Mal den vermeintlich in Stein gemeißelten Entwicklungspfad umkehren, dass die europäische Integration gerade durch ihre Krisen voranschreitet. Nur: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“, das hat schon im real existierenden Sozialismus nicht funktioniert.

Aber wie steht es um die europäische Integration seit 1990? Beginnen wir mit einer Erfolgsgeschichte, wenn auch einer vielleicht etwas unerwarteten. Ich meine die Osterweiterung. Heute wird oft gesagt, die Osterweiterung sei zu schnell gegangen, und schon 1990 wollten viele Westeuropäer, François Mitterrand vorneweg, den gerade in Gang gekommenen Vertiefungsprozess hin zur Währungsunion nicht durch eine Erweiterung nach Osten gefährden.

Damit hätte sich die Europäische Union als westeuropäischer Wohlstandsklub demaskiert, dem es nur um die eigene Besitzstandswahrung ging. Ostmitteleuropa stand vor den Gefahren, wie sie damals im zerfallenden Jugoslawien oder heute in der Ukraine zu beobachten sind. Und historisch gesehen drohte eine Wiederholung der Zwischenkriegszeit: Nach 1919 führte die Umgestaltung der europäischen Landkarte, die Auflösung des Zarenreichs, der Habsburgermonarchie und des Osmanischen Reichs dazu, dass in Ostmittel- und Südosteuropa neue Staaten gebildet wurden, die sich als nicht lebensfähig erwiesen. Reihenweise kippten sie binnen weniger Jahre von Demokratien in autoritäre Systeme um und verwandelten sich in Zonen instabiler Staatlichkeit, in denen die Verheerungen des 20. Jahrhunderts schließlich am schlimmsten wüteten.

Zu verhindern, dass sich diese Entwicklung wiederholt, kann man in historischer Perspektive gar nicht hoch genug veranschlagen. Die EU hat diesen Staaten durch das Angebot des Beitritts eine Perspektive geschaffen, die zu ihrer Stabilisierung beigetragen hat. Dass ihre ökonomische und politische Disziplin nach dem Beitritt schnell nachließ, gehört auch zur historischen Bilanz, die nie nur Aktiva oder nur Passiva verbucht. Und es ist ein Problem, das sich auch bei der Währungsunion stellte, die freilich zur europäischen Misserfolgsgeschichte wurde.

Die Europäische Währungsunion war nicht der deutsche Preis für die Einheit, wie es manchmal heißt. Denn die Währungsunion war im Grundsatz bereits im Juni 1989 beschlossen worden, bevor sich also die deutsche Einheit überhaupt abzeichnete. Der deutsche Preis für die *Einheit* war der *Weg* zur Währungsunion, denn hier setzten sich die französischen Vorstellungen durch.

Die deutschen Ordnungspolitiker in der Bundesbank und im Finanzministerium vertraten die „Krönungstheorie“: erst die Angleichung der europäischen Volkswirtschaften, schließlich als „Krönung“ eines langen Prozesses die gemeinsame

Währung. Paris setzte auf das umgekehrte Verfahren, die „Schöpfungstheorie“: zuerst die gemeinsame Währung, die ökonomische Konvergenz werde dann schon folgen.

Unter dem Druck der aufziehenden Wiedervereinigung willigte die Bundesregierung Ende 1989 ein, den Euro 1998 auf dem Weg der „Schöpfungstheorie“ einzuführen, wenn auch auf der Basis von Stabilitätskriterien. Letztlich aber mangelte es der Währungsunion an einer nachhaltigen ökonomischen Konvergenz, zudem an Mechanismen für den Ausgleich volkswirtschaftlicher Ungleichgewichte sowie am Willen und an den Möglichkeiten für Sanktionen.

Die ökonomischen und institutionellen Konstruktionsfehler waren das eine. Hinzu kamen erhebliche politisch-kulturelle Unterschiede, allein schon zwischen Deutschland und Frankreich: Für Deutschland besitzt die geldpolitische Stabilität den Vorrang, für Frankreich der Sozialstaat, und was für Deutschland die Schuldenbremse, ist für Frankreich Konjunkturpolitik. Die Deutschen orientieren sich an Rechtsnormen und Institutionen, in Frankreich gilt der Primat der republikanischen Politik. Und während das historische Trauma der Deutschen die Inflation ist, sind das Trauma der Franzosen die Deutschen.

Dahinter stehen unterschiedliche Rechtskulturen: eine mediterrane Auffassung, die mit Regeln eher nonchalant umgeht und für die eine rote Ampel eher vorschlagenden Charakter besitzt, ebenso wie der Stabilitätspakt der Währungsunion. Oder wie Jean-Claude Juncker in der Euro-Krise sagte: „Auf die Verträge kommt es gar nicht an.“ Das trifft sich durchaus mit der angelsächsischen Vorstellung, die zwar Regeln für den Normalfall vorsieht; der Notfall aber verlangt besondere Maßnahmen. Das deutsche Rechtsverständnis hingegen geht aus historischer Erfahrung davon aus, dass Regeln gerade im Ausnahmezustand funktionieren müssen.

Die politisch-kulturellen Unterschiede wurden in der Euphorie der *ever closer union* in den neunziger Jahren aktiv ignoriert, weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Inzwischen ist aber deutlich geworden, dass die Europäische Union nicht über jene Voraussetzungen eines freiheitlichen Staates verfügt, die ein Staat selbst nicht garantieren kann, um das berühmte Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde zu zitieren. Vielmehr ist es gerade die ideologische Übersteigerung zu einer Werte- und Schicksalsgemeinschaft, mit der die europäische Integration ihre Errungenschaften und damit sich selbst gefährdet.

VII.

Was bedeutet dies schließlich für die westlichen Werte und den globalen Westen?
Anders gefragt: was ist nach 1990 aus der Freiheit des Westens geworden?

Zunächst schien sich die Freiheit des Westens vor allem auf den Markt, auf einen globalisierten und entgrenzten Finanzmarktkapitalismus zu konzentrieren. Das Problem waren dabei nicht, wie heute oft gesagt wird, die Marktformen und die Liberalisierungen der achtziger Jahre. Sie setzten zunächst einen Dynamisierungs- und Wohlstandsschub frei und trugen zum globalen Rückgang von Armut bei. Das Problem war die ausbleibende ordnungspolitische Nachsteuerung in den neunziger Jahren, als sich die Entwicklungen in Verbindung mit der Digitalisierung verselbständigten und gewaltige, letztlich nicht beherrschbare ökonomische Kräfte freisetzen, vor allem in den USA.

Diese mangelnde ordnungspolitische Nachsteuerung hatte einen tieferen ideologischen Grund. Der klassische Neoliberalismus der deutschen Ordnungspolitik hatte auf Ordnung *für* den Markt gesetzt. Der Neoliberalismus der Chicago School hingegen glaubte an Ordnung *durch* den Markt. Der Markt wurde als Organisationsprinzip für immer weitere Lebensbereiche gedacht, die entsprechend marktförmig umgestaltet werden sollten – denken wir nur an Ideen wie „Bildungsökonomie“ oder die „unternehmerische Universität“.

Was um die Jahrtausendwende allerdings niemand wahrhaben wollte: Märkte sind nicht nur Orte rationaler Entscheidungen und schneller Reaktion, sondern ebenso abhängig von kurzfristigen Erwartungen, Gerüchten und Emotionen. Die Dysfunktionalitäten deregulierter Märkte verbanden sich mit Sozialpolitik auf Amerikanisch – der staatlichen Förderung von Privatverschuldung – und führten in den großen Crash von 2008.

Damit verlor die Marktideologie ihre politisch-kulturelle Glaubwürdigkeit und machte die Bühne frei für eine neue Leitkultur, die sich seit den 80er Jahren im Gefolge des postmodernen Dekonstruktivismus, Feminismus und Postkolonialismus entwickelt hatte: die Kultur der Inklusion, der Antidiskriminierung und der Diversität im Zeichen von Homo-Ehe, *gender-mainstreaming* und schließlich: Willkommenskultur.

Diese Kultur der Inklusion hat große Freiheitsgewinne für vormals Marginalisierte und Benachteiligte gebracht. Zugleich hat auch sie sich ideologisch verselbstündigt und mit moralischer Selbstgewissheit Züge einer repressiven Toleranz gewonnen, die ihrerseits

diejenigen ausgrenzt, die dann als bedauernswerte Globalisierungsverlierer oder als zurückgelassene weiße Männer stigmatisiert werden. Was gemeint ist, lässt sich von den Debatten über geschlechtergerechte Sprache bis zu deutschen Talkshows beobachten, die gegenüber einem ungarischen Teilnehmer oder einem Vertreter der AfD (oder auch der CSU) zu Hochämtern der moralischen Selbstgewissheit einer deutschen Leitkultur der Inklusion werden. By the way: dass die Bundeskanzlerin dem neu gewählten amerikanischen Präsidenten die Bedingungen für politische Zusammenarbeit nennt, kann man wahlweise als sportlich, als anmaßend oder als doppelmoralisch auffassen. Klug ist es jedenfalls nicht.

Der Populismus, der die gesamte westliche Welt durchzieht, ist ein komplexes Phänomen, und man sollte sich hüten, vorschnell vermeintlich sichere Ursachen zu behaupten. Dennoch erscheint es mir plausibel, den Populismus nicht zuletzt als Gegenbewegung zu einer ideologisierte Leitkultur der Inklusion zu verstehen.

Wir stehen vor den Trümmern unserer Erwartungen. Wer hätte im November 1990 gedacht, dass wir im November 2016 auf eine Weltfinanzkrise, eine existentielle Krise der europäischen Währungsunion, eine Energiewende, die gewaltsame Annexion von Territorium eines europäischen Staates durch einen anderen, die Implosion des Nahen Ostens und eine Massenmigration nach Europa samt einem temporären Kontrollverlust des deutschen Staates zurückblicken? Diese Krisen sprechen in ihrer historisch einzigartigen Vielschichtigkeit und Interdependenz nicht nur für einen *Zustand*, sondern auch für eine *Zukunft* der „Welt-Unordnung“, um noch einmal Carlo Masala zu zitieren.

Und was bedeutet dies für die Idee des globalen Westens? Er ist ein Ideal zur Selbstverständigung über die eigenen politisch-kulturellen Grundlagen, die unterschiedlich genug sind. Er ist ein Bollwerk für die Selbstbehauptung gegen antipluralistische Fundamentalismen, und im Ausnahmefall massiver Menschenrechtsverletzungen ist er eine moralische Verpflichtung zur militärischen Intervention, wohl wissend, dass es in diesen Ausnahmefällen kein klares falsch und richtig und keine sauberen Lösungen gibt. Als globales Modell aber, gar als Missionsidee ist er, wie das vergangene Vierteljahrhundert gezeigt hat, eine hybride Illusion.